Sachdokumentation:

Signatur: DS 5863

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5863

Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Redetext / discours de Mattea Meyer

Co-Präsidentin SP Schweiz, Nationalrätin ZH
Co-présidente du PS Suisse et conseillère nationale (ZH)

Es gilt das gesprochene Wort. Seules les paroles prononcées font foi.

Liebe Genoss:innen, chères et chers camarades,

Es ist ein bewegendes Gefühl, heute hier bei euch zu sein. Seit meiner Auszeit letzten Winter weiss ich: Es ist keine Selbstverständlichkeit. In diesem Moment, in dem ich sehr verletzlich war, hatte ich das, was es braucht, um wieder auf die Beine zu kommen: Ich hatte Ruhe und Zeit, um gesund zu werden. Aber ich hatte vor allem auch das beste Team der Welt um mich, ich hatte Menschen, die mir Fürsorge, Verständnis und Liebe entgegengebracht haben, ich habe von vielen Seiten – gerade auch von euch – herzliche Anteilnahme gespürt und dafür danke ich von ganzem Herzen.

Wie kraftvoll diese Solidarität sein kann, habe ich im Kleinen gespürt. Es ist das, was wir als Gesellschaft dringend auch im Grossen brauchen. Zueinander schauen, respektvoll miteinander umgehen, Verletzlichkeit als Stärke sehen: das ist das Wichtigste, was wir tun können in einer Welt, die von Trumps, Tates und Dettlings geprägt wird. Die Rechten propagieren Härte als Stärke, versuchen die Menschen gegeneinander auszuspielen und klein und einsam zu halten. Fürsorge und Verbundenheit ist unsere Antwort auf ihre Politik der Gleichgültigkeit, Ausgrenzung und Gewalt.

Die Politik der rechten Mehrheit versagt jedes einzelne Mal, wenn es darum geht, in Krisenzeiten an der Seite der Bevölkerung zu stehen. Das hat dieser Sommer wieder eindrücklich gezeigt.

Wir haben alle erlebt, wie konkret und existenziell die Klimakrise ist. Schulkinder konnten sich in überhitzten Klassenzimmern nicht konzentrieren, Bauarbeiter sind auf Baustellen kollabiert, ältere Menschen hatten mit Gesundheitsproblemen zu kämpfen, die Hitzewellen führten zu übermässig vielen Todesfällen, Landwirtinnen konnten ihre Tiere nicht mehr versorgen, in Dachwohnungen war nicht an Schlaf zu denken, Wälder sahen im Sommer aus wie im Spätherbst, Flüsse und Seen erreichten historische Tiefststände, Grundwasserpegel sind bedrohlich gesunken, das hält bis heute an.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Theaterplatz 4
Postfach · 3001 Bern
Telefon 031 329 69 69
info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Die verheerenden Folgen der Klimakrise waren anderswo auf der Welt schon länger sicht- und spürbar und haben nun auch hierzulande in grosser Geschwindigkeit und Heftigkeit ein sehr reales Gesicht bekommen. Es liegt einfach nicht mehr drin, die Wissenschaft, die vor dieser Realität seit Jahrzehnten eindringlich warnt, zu ignorieren und lächerlich zu machen.

Mais c'est précisément ce qui caractérise une majorité de droite.

Est-ce que vous vous souvenez de la façon dont, au Conseil fédéral et au Parlement, ils se sont indignés face à la plainte déposée par les « Aîné-es pour le climat » et ont refusé d'appliquer la décision historique de la Cour européenne des droits de l'homme, à savoir que les gouvernements doivent protéger la santé des gens contre les conséquences du changement climatique ?

Est-ce que vous vous souvenez comment le président de l'UDC, Marcel Dettling, a déclaré que le monde de l'agriculture se réjouissait des étés caniculaires et a nié jusqu'à l'existence d'une crise d'origine humaine ?

Est-ce que vous vous souvenez comment le conseiller fédéral Albert Rösti, qui demanderait de supprimer des termes tels que « changement climatique » et « biodiversité » des documents officiels, coupe les moyens nécessaires pour protéger les forêts du changement climatique, pour moderniser les chauffages et pour développer les transports publics ? Et comment, un an avant les élections, face à la canicule, tout ce qu'il fait, c'est satisfaire sa clientèle agricole et laisser de côté toutes les autres personnes durement touchées ?

Une majorité de droite a décidé d'attaquer les faits scientifiques par le mépris et la banalisation, car ces faits scientifiques ne collent pas avec ses idéologies et ses intérêts financiers. Cette attitude a un prix. L'humain et la nature l'ont chèrement payé cet été.

Cela ne doit plus jamais se reproduire. Il faut dès maintenant prendre des mesures pour protéger la population l'été prochain – en premier lieu les enfants, les personnes malades et âgées, ainsi que celles qui doivent travailler à l'extérieur. Car il faut être clair : l'été 2026 était peut-être l'été le plus frais que nous connaîtrons jamais dans le futur. Cette chaleur et cette sécheresse, associées à des intempéries extrêmes, deviendront la nouvelle norme.

Comment y faire face ? Aménager les salles de classe, les maisons de retraite, les crèches et les hôpitaux ; un arrêt du travail à partir de 33 degrés ; un droit du bail adapté pour soutenir les locataires vivant dans des logements mal isolés ; des moyens financiers pour rendre la forêt plus résistante à la chaleur, assainir les sols et favoriser la végétalisation. Les mesures concrètes sont connues depuis longtemps. Il suffit d'avoir la volonté de les mettre en œuvre.

Mais il faut plus : il faut un engagement politique sérieux pour tout mettre en œuvre afin d'éviter que la situation ne s'aggrave encore.

Es gibt Wege, die Klimaziele zu erreichen – mit Investitionen in Wind-, Wasser-, Solarenergie, in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, in eine nachhaltige Landwirtschaft. Und mit einem Finanzplatz, der endlich daran gehindert wird, die Lebensgrundlagen von Menschen auf der ganzen Welt zu zerstören. Und dafür in die Pflicht genommen wird, nicht gegen die Zukunft unserer Kinder zu wetten, sondern für ihre Zukunft zu wirtschaften.

Und nein, Bundesrat Albert Rösti, AKW helfen da nicht, auch wenn die fossile Lobby nun versucht, sie als klimafreundlich zu verkaufen. AKWs sind das Gegenteil: sie verhindern den Ausbau von erneuerbaren Energien, sie lassen uns in der Abhängigkeit von Putin, sie kosten eine Unmenge an Milliarden und vor allem sind sie eine riesige Gefahr. Deshalb – liebe Genoss:innen – werden wir zusammen alles unternehmen, um im Februar den Neubau von AKW zu verhindern.

Liebe Genoss:innen, die rechte Gleichgültigkeit gegenüber der Lebensrealität von vielen hat System. Das zeigt sich nirgends so offensichtlich und gewaltvoll wie bei der Sicherheit von uns Frauen und FLINTA. Letzten Dezember hat das rechte Parlament das getan, was es meist tut: von Sicherheit sprechen, aber nicht Sicherheit schaffen. Es hat Milliarden bewilligt für unnötige, überteuerte Kampfjets – und eine (!) zusätzliche Million für den Schutz von Frauen verweigert. Innert weniger Tage haben daraufhin 500'000 Menschen einen Appell unterzeichnet und Druck gemacht – das hat gewirkt: die Million kam wieder ins Budget. Und steht jetzt – im Gegensatz zu den F35-Milliarden – wieder ernsthaft auf dem Spiel, weil sie erneut aus dem Budget-Vorschlag gestrichen wurde.

Diese halbe Million wütender Menschen ist kein Zufall. Der Grund ist so einfach wie traurig: Jede von uns Frauen hat selbst sexualisierte, geschlechtsbezogene Gewalt erlebt. Oder hat eine gute Freundin, eine Schwester, Tochter, Mutter, die Opfer wurde. Deren Nein nicht akzeptiert wurde, die bedrängt, belästigt, bedroht, gedemütigt, vergewaltigt oder gar umgebracht wurde.

Mich erschreckt immer wieder, wie normalisiert diese patriarchale Gewalt ist, in all ihren Formen. Dass in Bern eine Mehrheit diese Gewalt gleichgültig akzeptiert, hat allem voran einen Namen: Die SVP. Sie hat ein strukturelles Problem mit Gewalt: Führende Köpfe von ihnen legen eine beängstigende Begeisterung für autoritäres, brutales Gebaren an den Tag, reisen zu Autokraten wie Putin oder Xi Jinping, machen Waffen zu ihrem Symbol, huldigen Trump, der als neuste Widerlichkeit eine Hinrichtung livestreamen will – und schauen bei mutmasslichen Gewalttätern in den eigenen Reihen weg.

Diesen Sommer habe ich mich immer wieder gefragt: wie sicher, geschützt und im Recht muss sich ein Mann fühlen, die eigene Partnerin und deren Tochter mutmasslich hundertfach zu missbrauchen und die Übergriffe auch noch zu filmen? Solche Taten geschehen nicht im luftleeren Raum. Sie finden ihren Nährboden in einer politischen Stimmung, die Gewalt verharmlost und den patriarchalen Anspruch über den Frauenkörper legitimiert.

Der Fall Patrick Frei ist kein Einzelfall. 27 Femizide im Jahr 2025 sind kein Einzelfall. 9000 registrierte weibliche Opfer von häuslicher Gewalt sind kein Einzelfall, zehntausende Betroffene von körperlicher und sexualisierter Gewalt sind kein Einzelfall.

Unsere Sicherheit, unsere Freiheit, unser Leben zählen. Darum haben wir zusammen mit den SP Frauen die Gewaltschutz-Initiative lanciert. Diese strukturelle Gewalt muss endlich ein Ende haben, liebe Genoss:innen!

Les objectifs sont clairs : premièrement, obliger la Confédération et les cantons à avancer en matière de protection contre la violence. Cela inclut aussi la prévention et le travail avec les auteurs de violences.

Deuxièmement, garantir protection et soutien à toutes les personnes concernées, dans toute la Suisse. Il est inacceptable que l'accès à l'aide dépende du fait qu'une femme soit violée en Thurgovie ou à Genève, ou qu'elle subisse des violences domestiques à Fribourg ou en Argovie.

Et troisièmement, des moyens financiers suffisants, à hauteur de 500 millions de francs, consacrés à ces mesures. Oui, une protection réelle, efficace, a un prix. Et oui, ce prix est élevé. Il est élevé parce que la violence est profondément enracinée dans notre société. Aujourd'hui, les victimes de violence paient ce prix par leurs souffrances, quand ce n'est pas par leur vie.

Cela doit cesser. Nous les obligerons à ne plus détourner le regard, mais à regarder en face la réalité et à nous écouter. Nous ne détournerons plus le regard !

Diese Gleichgültigkeit gegenüber Gewalt zeigt sich sehr aktuell auch in einem anderen Bereich: beim Kriegsmaterialgesetz, über das wir im November abstimmen. Das Gesetz öffnet Waffenexporten in Kriegsgebiete Tür und Tor. Die Weitergabe von Schweizer Waffen an Länder wie Israel oder die Türkei wird neu praktisch uneingeschränkt erlaubt – an die Ukraine notabene ist sie weiterhin verboten. Eines der Hauptargumente der Pro-Seite ist ja, dass sonst die Schweizer Rüstungsindustrie zugrunde gehen werde. Ganz abgesehen davon, dass die Schweiz so viel Kriegsmaterial exportiert wie seit langem nicht mehr, im weltweiten Ranking sogar auf Platz 20 steht – was ist das denn für ein zynisches Argument? Damit das Business läuft in der Schweiz, müssen andernorts halt Menschen sterben? Ohne uns. Wir werden uns mit aller Kraft gegen diese Aufweichung wehren. Und ich bin überzeugt, dass wir gewinnen können. Denn wenn die Welt von etwas zurzeit zu viel hat, dann von Kriegsherren und Waffen, die Leid und Tod bringen.

Liebe Genoss:innen. Wir sind das Gegenprogramm zur rechten Politik, die die Bevölkerung im Stich lässt.

Wir setzen uns – im Quartier, im Dorf, in der Stadt, im Kantonsparlament, auf der Strasse, bei der Arbeit – gemeinsam dafür ein, dass für alle ein gutes Leben in Würde und Sicherheit

möglich ist. Wir engagieren uns politisch, nicht nur um Schlimmeres zu verhindern, sondern um ein besseres Morgen zu schaffen. Oder wie es unsere ehemalige Bundesrätin Ruth Dreifuss in einem Interview gesagt hat: «Die Aufgabe der Politik ist es, zu ermöglichen, dass die Menschen träumen können.»

Liebe Genoss:innen: Lasst uns kämpfen, lasst uns wütend sein, lasst uns Pause machen, lasst uns ihrer Gleichgültigkeit und Gewalt unsere Verbundenheit und Fürsorge entgegensetzen, lasst uns gemeinsam eine soziale Schweiz voranbringen und stärken, in der wir alle träumen können.